

AKTUELL

LUXEMBURGER RENTENSYSTEM

Was kostet's?

Raymond Klein

Die CSL rechnet vor, wie viel die Seite der Arbeitnehmer*innen durch die Reform von 2012 verloren hat. Gelegenheit für einen kritischen Blick auf vergangene und künftige Anpassungen des Rentensystems.

Wird die „Rentenmauer“ ein Wahlkampfthema für die im Herbst anstehenden Chamberwahlen? Schreckensszenarien zur Zukunft des Luxemburger Pensionssystems werden immer wieder von liberalen Wirtschaftsexpert*innen, rechten Politiker*innen, aber auch von Verfechter*innen der „Nachhaltigkeit“ thematisiert. Demgegenüber versucht die jüngste Veröffentlichung der „Chambre des salariés“ (CSL), ein anderes Thema zu setzen: den Rentenklau. Am Ende könne die Reform von 2012 durchschnittliche Arbeitnehmer*innen mindestens 314.000 Euro zu stehen kommen, so die Überschrift des Ecnos von Ende Mai. Die Berechnungen der CSL beziehen sich auf den – relativ sozialen – gesetzlichen Rahmen von 2012. In den Augen seiner wirtschaftsliberalen Kritiker*innen ist dieser unzureichend und sollte dringend von der nächsten Regierung reformiert werden.

Erste Ursache für eine finanzielle Einbuße durch die Reform ist die Einstiegsrente. Die damals eingeführte Formel sorgt dafür, dass der fixe Anteil der Rente (majorations forfaitaires) ansteigt, dafür aber der variable Anteil (majorations proportionnelles, abhängig von der eingezahlten Beitragssumme) sinkt – mit einer Anpassung der Faktoren, die sich über 40 Jahre erstreckt. Durchschnittliche Arbeitnehmer*innen, die 2052 in Rente gehen, verlieren gegenüber den Bedingungen von vor 2012 etwa 190.000 Euro, so die CSL. Es sei angemerkt, dass diese Berechnung sich auf eine Pensionierung nach 40 Jahren Versicherungszeit bezieht, ohne das Rentenalter zu berücksichtigen. Weil aber eines der Elemente der Reform die Förderung eines späteren Einstiegsalters durch die Formel war, kann dieser Verlust durch ein Weiterarbeiten über die 40 Jahre hinaus kompensiert werden.

Zu diesen niedrigeren Einstiegsrenten kommt eine Verschlechterung bei der Renten Anpassung hinzu. Bisher wird, zusätzlich zum Ausgleich der Preisentwicklung (Index) eine regelmäßige Angleichung an die Lohnentwicklung vorgenommen. 2012 wurde die Möglichkeit geschaffen, stattdessen die Renten nur teilweise an das ansteigende Lohnniveau anzupassen. Sobald die Bilanz der Pensionskasse ein als kritisch eingestuftes Niveau er-

reicht, wird der Anpassungsfaktor von 1 auf 0,5 oder weniger gesenkt. Dieser Eingriff ist wahrscheinlich 2027 fällig. Die CSL hat ausgerechnet, dass bei einer „minimalen“ Senkung des Faktors auf 0,5, kombiniert mit der niedrigeren Einstiegsrente, durchschnittliche Arbeitnehmer*innen 314.000 Euro verlieren – berechnet auf eine nach der Pensionierung verbleibende Lebenszeit von 25 Jahren (über 1.000 Euro monatlich). Damit sei ein Anstieg der Altersarmut vorprogrammiert.

Kritik, aber welche?

Im Kontext der Wahlkampagne kann man sich fragen, wozu es der CSL mit dieser Veröffentlichung geht. Soll die LSAP als Verräterin des Sozialstaates gebrandmarkt werden? Immerhin war es der sozialistische Minister Mars Di Bartolomeo, der seinerzeit die Reform gegen den Willen der Gewerkschaften durchgesetzt hatte. Oder geht es einfach um die Botschaft, das Salarium habe schon viele Opfer gebracht und dürfe nicht durch neue Reformen zusätzlich geschröpft werden? Wahltaktisch mag das Sinn ergeben, doch zugleich versäumt es die Gewerkschaftsseite, die Stärken des bestehenden Rentensystems zu betonen. Statt als fairer gesellschaftlicher Ausgleich zwischen Aktiven und Rentner*innen (und anderen Interessen), wird das Umlageverfahren als reiner Verteilungskampf dargestellt. Dabei gibt es genügend Kritikpunkte an der Reform von 2012, die über die reine Arithmetik hinausgehen (woxx 1148).

Dass die CSL Zukunftsszenarien mit schwachem Wachstum nicht in Betracht ziehen will, die eine Absenkung des Rentenniveaus unausweichlich machen, ist verständlich. Doch mögliche Antworten darauf, unter anderem neue Finanzierungsquellen, gehören zur Debatte über die Zukunft des Rentensystems – und wurden 2012 ausgeklammert. Dass die in der Reform vorgesehenen Mechanismen die Unternehmensseite nur zu einem geringen Teil für die Stabilisierung des Systems heranzieht, wäre aber ein opportuner Kritikpunkt für die Gewerkschaften gewesen. Auch die De-facto-Erhöhung des Renteneintrittsalters, ohne funktionierende Förderstrategie für die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer*innen, ist ein sensibler Punkt. Nicht zuletzt wäre es wünschenswert, die Rentendebatte im Rahmen einer ganzheitlichen Sicht auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu führen, wie das zum Beispiel in der Broschüre „Grands défis“ (Fondation Idea) angedacht wird.

SHORT NEWS

Nationale Fahrraddemo am 10. Juni

(ja) – Einen Tag vor den Kommunalwahlen ruft die Fahrradlobby ProVelo.lu zur nationalen Fahrraddemo nach Luxemburg-Stadt. Unter dem Motto „Safe Cycling NOW!“ wollen die Radler*innen ein Zeichen für bessere Infrastruktur setzen. Alle, die Lust haben, mit dem Rad zu fahren, sollten dies unter den „bestmöglichen und sichersten Bedingungen“ tun können, so die Forderung der Organisation. Gemeinsam soll eine Demoroute von rund sechs Kilometern abgefahren werden. Treffpunkt ist am 10. Juni um 15 Uhr auf dem Heilig-Geist-Plateau. Eine gesetzliche Regelung, die das Radfahren sicherer machen soll, ist der 2018 eingeführte Mindestabstand von 1,5 Metern beim Überholen von Radfahrer*innen. Wer knapp überholt, muss sich dennoch nicht fürchten: Das Gesetz wird selten angewandt und nie kontrolliert. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Dan Biancalana und Mars Di Bartolomeo (LSAP) wiederholte Polizeiminister Henri Kox (Déi Gréng) seine Aussage, es sei technisch nicht machbar, dass die Polizei spezifische Kontrollen zur Einhaltung des Mindestabstands durchführe. Seit dem 1. Mai 2018 sei der entsprechende Artikel der Straßenverkehrsordnung dennoch 39-mal angewandt worden. In Ländern mit ähnlicher Gesetzeslage gibt es derartige Kontrollen. Die technische Machbarkeit scheint wohl doch manchmal eine Frage des politischen Willens zu sein.

Cipa Rümelingen: Was lange währt wird endlich gut?

(is) – Seit 21 Jahren liegt das Dossier des Rümelinger Cipa „Roude Fiels“ auf dem Tisch, pünktlich zum Superwahljahr wird es jetzt konkret: Servior, größte Betreuungseinrichtung für Senior*innen in Luxemburg, und das Familienministerium stellten am Mittwoch den Plan für eine neue Wohnstruktur in Rümelingen vor. Bereits 2002 war ein erstes Bauprojekt präsentiert, aber verworfen worden. Servior ist seit 2006 verantwortlich für den Bau, doch aufgrund von Unstimmigkeiten mit dem Architekturbüro kam bis dato keine Abrissbirne zum Einsatz. Nun soll die bestehende Einrichtung zwischen Juni und September weichen und die Bauarbeiten bis 2026 abgeschlossen werden. Erst im Folgejahr ist der Einzug erster Bewohner*innen in die 120 behindertengerechten Zimmer vorgesehen. Zurzeit leben die Senior*innen des ehemaligen Cipa in Rümelingen im „Woiwer“ in Differdingen. In der Pressemitteilung zum Bauprojekt bleiben die Konflikte der Vergangenheit unerwähnt, nur die Modernität der geplanten Einrichtung wird unterstrichen. „Dies ist ein Projekt, welches seit jeher die volle Unterstützung und Aufmerksamkeit des Familienministeriums hat“, so ein Zitat der zuständigen Ministerin Corinne Cahen. Dabei lehnte die Regierung zuletzt 2019 eine Motion der CSV ab, die eine Strategie zum beschleunigten Bau des Cipa forderte. Über dieses Paradebeispiel der Versäumnisse in der nationalen Alterspolitik tröstet auch der Springbrunnen nicht hinweg, der in Rümelingen künftig zum Verweilen einladen soll.

Logement : les prix baissent, le conflit gronde

(fg) – La baisse de 5 % des prix de l'immobilier, enregistrée au premier trimestre, se confirme au deuxième trimestre, selon des chiffres publiés par atHome Group. Elle touche l'ensemble des régions du pays et varie selon la nature des biens : les plus importantes baisses sont constatées sur les appartements dans l'ouest du Luxembourg (-14,1 %) et sur les maisons dans le centre (-13,9 %). Sur un an, le recul est de 7,3 % sur les appartements et de 5,5 % pour les maisons, au niveau national, selon les tendances relevées par atHome. Le groupe se base sur les prix de vente annoncés et non sur le prix de vente final qui peut être facilement négocié à la baisse actuellement, selon les professionnels. Ce recul est lié à la hausse des taux d'intérêts qui a fait perdre aux acheteurs-euses « près du tiers de leur capacité d'emprunt en un an », indique atHome. Après cinq ans de hausse annuelle à deux chiffres, ce retournement est source d'inquiétude pour les professionnels de la construction. L'argument est en tout cas brandi par la Fédération des entreprises luxembourgeoises de construction et de génie civil dans le conflit qui l'oppose au LCGB et à l'OGBL. Les deux syndicats ont conjointement dénoncé, ce mercredi 31 mai, le refus du patronat de négocier depuis 20 mois une nouvelle convention collective pour les 20.000 salarié-es du secteur. Ils demandent des améliorations sur les salaires, les congés et la formation. Le patronat plaide un maintien de l'actuelle convention collective face à l'incertitude de l'évolution du marché.